

# Motion

**Proposer:** Geschäftsleitung JUSO Schweiz (decided on: 05/02/2026)

**Title:** **Freihandel und Protektionismus: Globale Ausbeutung in Zeiten von Faschismus und Wirtschaftskrisen**

---

## Motion text

### **Freihandel und Protektionismus: Globale Ausbeutung in Zeiten von Faschismus und Wirtschaftskrisen**

Die Welt gerät spürbar in Unordnung, obwohl sie nie in Ordnung war. Trump terrorisiert die Welt mit seiner Zollpolitik, die einen grossen Einschnitt in das breite Verständnis von internationalem Handel bedeutet. Wir befinden uns am Ende der zweiten, neoliberalen Globalisierungswelle, die seit den 1980er-Jahren über die ganze Erdkugel gerollt ist. Im Moment scheint es einen immer grösser werdenden Spagat zwischen den Vertreter\*innen der neoliberalen Globalisierung und den Befürworter\*innen von einem staatenbezogenen, nationalistischen Neoliberalismus zu geben. Beide wirtschaftlichen Strategien sind schädlich für die Arbeiter\*innenklasse, denn schlussendlich profitiert das Kapital. Die Antwort auf diese internationale Destabilisierung kann aber keine Flucht in die Vergangenheit bedeuten. Es wäre falsch, sich den hemmungslosen Freihandel der letzten Jahrzehnte vor Trump zurückzusehnen. Genau das tut Europa aber gerade. EU und EFTA-Staaten, also auch die Schweiz, wollen fleissig neue Freihandelsabkommen abschliessen oder haben das in der jüngsten Vergangenheit bereits getan, beispielsweise mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten, mit Indonesien, China und Indien. Auch unter linken Parteien und Gewerkschaften scheint der wirtschaftsliberale Freihandel gerade an Unterstützung zu gewinnen. Diese Haltung kann aber nicht unsere ernsthafte Strategie gegen Trumps Zollkrieg sein, denn viele aktuelle Probleme wurzeln eben genau in diesem unkontrollierten

liberalen Freihandel der letzten Jahrzehnte. Auf der anderen Seite ist kein globaler Handel auch nicht sinnvoll. Klar ist, dass sich die vorherrschende Wirtschaftsform global grundlegend ändern muss. Dieses Papier versucht, die aktuellen Entwicklungen und Diskussionen rund um den liberalen Freihandel und den globalen Neoliberalismus einzuordnen, sowie entsprechende Schlüsse daraus zu ziehen.

## Freihandel und Protektionismus

Freihandel bedeutet vereinfacht gesagt, dass Waren und Dienstleistungen zwischen Ländern möglichst ohne Zölle und Handelsbeschränkungen vertrieben werden können. Die wirtschaftsliberale Erklärung für die anscheinende Notwendigkeit von Freihandel wäre, dass alle Länder davon profitieren würden, wenn sie sich darauf fokussieren, was sie besonders gut und günstig produzieren und dann exportieren könnten. Die Wahrheit sieht aber anders aus. Konzerne können ihre Produktion ohne grosse Hindernisse in Länder verlagern, wo Löhne und weitere Produktionskosten tief sind. So wurde der Globale Norden in den letzten Jahrzehnten deindustrialisiert: Multinationale Konzerne haben ihre Produktionsstätten in den sogenannten Globalen Süden oder in europäische Peripherieländer verlagert. Kurz gesagt: Der liberale Freihandel bedeutet grundsätzlich Freiheit für das Kapital. Gleichzeitig wütet ein internationaler Steuerwettbewerb. Mit möglichst tiefen Steuern werden Unternehmen und Superreiche von Ländern wie der Schweiz, Singapur, Panama oder Städten wie Hongkong und Dubai angelockt. Dieser "race to the bottom" sorgt in vielen Ländern für massive Steuerausfälle, weil die Reichsten mit der Verschiebung ihres Kapitals jegliche gerechte Rückverteilung verhindern können.<sup>[1]</sup> Die Theorie hinter dem Freihandel stammt vor allem von den wirtschaftsliberalen Ökonomen Adam Smith und David Ricardo. Sie wurde als Kritik am Merkantilismus, der damals vorherrschenden Wirtschaftspolitik in Europa zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert, formuliert. Der Merkantilismus war lange Zeit die massgebende politische Handelstheorie. Die Grundidee war, als Land möglichst viel zu exportieren und möglichst wenig zu importieren. Das wiederum sollte dazu führen, möglichst viel Reichtum im eigenen Land zu konzentrieren. Während der Industrialisierung herrschte in den europäischen Ländern strenger Protektionismus vor. Das Ziel dieser Handelspolitik ist der Schutz der inländischen Wirtschaft vor ausländischer Konkurrenz. Als wichtigstes Mittel dafür gelten tarifäre (Zölle) oder nicht-tarifäre (Importhöchstquoten, einzuhaltende Mindeststandards, usw.) Handelshemmnisse. Der Protektionismus wurde gebraucht, um im Wettrennen des technologischen Fortschritts mithalten zu können. Länder wie Deutschland, Frankreich und die USA setzten auf hohe Zölle, um die Menge an britischen Importprodukten tief zu halten, und auf Industriespionage, um die eigene Produktion zu verbessern. Diese Strategie hielt sich relativ lange: In den USA betrugen die Zölle bis in die 1950er-Jahren

65 zwischen 35 - 50 %. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Zölle stetig gesenkt,  
66 das passierte aber erst, nachdem die USA zur grössten weltweiten  
67 Wirtschaftsmacht aufgestiegen war.[\[2\]](#) Zum Vergleich: In den 2000er-Jahren lagen  
68 die US-Importzölle bei ca. 2 %.

69 Gegen Ende des 19. Jahrhunderts setzte Grossbritannien als erstes Land  
70 konsequent auf Freihandel und niedrige Zölle – allerdings auch erst zu einem  
71 Zeitpunkt, als seine wirtschaftliche Vormachtstellung bereits gefestigt war.  
72 Anders als häufig behauptet, verdankten die kolonialen Mächte im Globalen Norden  
73 ihren wirtschaftlichen Aufstieg nicht in erster Linie dem Freihandel, sondern  
74 protektionistischen Massnahmen, mit denen sie ihre Industrien gezielt aufbauten  
75 und schützten. Freihandel erwies sich historisch meist erst dann als  
76 vorteilhaft, wenn Länder bereits über eine starke und international  
77 konkurrenzfähige Wirtschaft verfügten.

78 In der Praxis lassen sich Freihandel und Protektionismus jedoch kaum klar  
79 voneinander trennen. Vielmehr wechselten sich beide Strategien im Laufe der  
80 Geschichte immer wieder ab. Zwischen dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 und  
81 der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg dominierten in vielen Ländern Europas erneut  
82 protektionistische Massnahmen. Krieg, Wirtschaftskrisen und politische  
83 Instabilität schwächten zahlreiche Volkswirtschaften und führten dazu, dass  
84 Staaten ihre Märkte stärker abschirmten – mit Grossbritannien als eine der  
85 wenigen Ausnahmen.

86 Das historische Wechselspiel zwischen Freihandel und Protektionismus folgte  
87 dabei selten rein ideologischen Überzeugungen. Ausschlaggebend war meist die  
88 Frage, welche Strategie es Staaten erlaubte, unter den jeweiligen  
89 wirtschaftlichen Bedingungen den grössten Wohlstand und die grösste  
wirtschaftliche Macht zu sichern.

## 90 **Der Aufstieg vom Neoliberalismus**

91 Nach dem Zweiten Weltkrieg stiegen die USA zur führenden Wirtschaftsmacht auf  
92 und spielten eine zentrale Rolle beim Aufbau einer neuen internationalen  
93 Wirtschaftsordnung. Auch die neu gegründete UNO betonte die Bedeutung  
94 internationaler Kooperation als Grundlage für Frieden und Wohlstand. Unter dem  
95 Motiv „Nie wieder Krieg“ wurden zahlreiche wissenschaftliche, institutionelle  
96 und wirtschaftliche Kooperationsformen geschaffen. Schon 1944 wurden der  
97 Internationale Währungsfonds (IWF) und die Internationale Bank für Wiederaufbau  
98 und Entwicklung (Weltbank) gegründet. Auf Initiative der Vereinigten Staaten  
99 entstand 1947 das General Agreement on Tariffs and Trade (GATT), ein  
100 internationales Handelsabkommen zur schrittweisen Liberalisierung des  
101 Welthandels. Das Abkommen sah unter anderem den Abbau von Zöllen,  
102 Einschränkungen von Importquoten sowie die Pflicht, Handelsvorteile gegenüber  
103 einem Land auf alle unterzeichnenden Länder auszuweiten. Einen der Hauptpunkte  
104 stellte die neue Gleichbehandlung von ausländischen und inländischen Produkten

105 und Unternehmen im Handel dar.  
106 Ab den 1980er-Jahren begann der Siegeszug des Neoliberalismus, wovon die Logik  
107 des liberalen globalen Freihandels ein elementarer Bestandteil ist. Der  
108 Freihandel wurde international richtungsweisend und die Ära der  
109 Freihandelsabkommen brach an. Freihandel wird aber auch hier keinesfalls überall  
110 durchgesetzt, sondern nur da eingesetzt, wo das Kapital davon profitieren kann.  
111 Den westlichen Ländern geht es entgegen der eigenen Behauptungen also nicht  
112 darum, Wohlstand für alle zu schaffen, sondern die eigene Vormachtstellung  
113 abzusichern und auszubauen. Aus dem GATT und verschiedenen weiteren  
114 Verhandlungsrunden entstand 1994 die World Trade Organisation (WTO). Alle WTO-  
115 Mitglieder verpflichten sich seither, die gleichen Reduktionen auf Zölle  
116 bestimmter Produkte für alle zu bieten. Aus diesem Vertrag entstand also der  
117 entfesselte Freihandel, wie wir ihn heute kennen.

## 118 **Die Ära der Freihandelsabkommen**

119 Neben den WTO-Verträgen gehören bilaterale und multilaterale Freihandelsabkommen  
120 (FHA) zu den wichtigsten Instrumenten des Freihandels. Es handelt sich dabei um  
121 völkerrechtliche Verträge zwischen einem oder mehreren Staaten mit dem Ziel,  
122 Handelshemmnisse abzubauen. Die Schweiz schliesst ihre Freihandelsabkommen meist  
123 im Rahmen der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) ab, die sie in den  
124 1960er-Jahren mitgegründet hat. Bei den restlichen EFTA-Mitgliedern handelt es  
125 sich um Island, Norwegen und Liechtenstein. Neben dem EFTA-Abkommen und dem  
126 Freihandelsabkommen mit der EU, hat die Schweiz aktuell 35 FHA mit verschiedenen  
127 Ländern.[\[3\]](#) Die Schweiz predigt liberale Freihandelspolitik, will dabei aber  
128 primär die eigenen Interessen schützen. Gerade wenn es um Freihandelsabkommen  
129 mit Ländern aus dem Globalen Süden geht, profitieren meist die reichen  
130 Industrieländer. Dank der bestehenden Abkommen haben Schweizer Unternehmen  
131 allein für das Jahr 2023 über 2,2 Milliarden Franken an potenziellen Zöllen  
132 eingespart.[\[4\]](#) Solche „Einsparungen“ fehlen bei der anderen Nation im  
133 Staatshaushalt für Ausgaben für die Allgemeinheit. Diese Summe schlägt sich  
134 selten in tieferen Preisen nieder und fliesst vor allem an grosse Unternehmen.  
135 Die breite Bevölkerung muss machtlos zusehen, wie sich die  
136 Unternehmensaktionär\*innen dank Freihandelsabkommen ihre Taschen füllen.  
137 Tatsächlich wird die Bevölkerung selten in Entscheidungen über diese Art von  
138 Abkommen einbezogen. Das war bereits der Fall, als Napoleon III. 1860 heimlich  
139 mit dem Vereinigten Königreich verhandelte, und es ist auch heute noch bittere  
140 Realität. So wird das originale Dokument des TISA (Trade in Services Agreement)  
141 geheim in einem Tresor im Europäischen Parlament aufbewahrt und durch  
142 Urheberrechte geschützt. Ein Teil des Textes wurde erst 2014 durch Wikileaks  
143 veröffentlicht. Und das aus gutem Grund: Die meisten dieser Abkommen werden von  
144 grossen internationalen neoliberalen Institutionen (wie beispielsweise IWF, WB  
145 oder G7) verhandelt, die die Interessen der Kapitalist\*innen vertreten und das

146 klare Ziel verfolgen, im Welthandel maximale Gewinne zu erzielen.  
147 Diese Art von Freihandelspolitik zieht weltweit schwere Folgen nach sich. Die  
148 Abwesenheit von sozialpolitischen Normen für importierte Produkte führt dazu,  
149 dass multinationale Konzerne in Ländern produzieren, die Menschenrechte nicht  
150 garantieren und wo miserable Arbeitsbedingungen herrschen. Diese multinationalen  
151 Konzerne steigern ihre Profite ohne jeglichen Respekt für die Arbeiter\*innen, um  
152 schlussendlich ihre Güter in den Ländern des Globalen Nordens abzusetzen.  
153 Multinationale Konzerne haben sogar das Recht, Staaten wegen Handelshemmnissen  
154 anzuklagen. Diese Angriffe nehmen massiv zu. Die Schiedsgerichte, wie zum  
155 Beispiel das ICSID (Gericht der Weltbank), die über diese Klagen urteilen sind  
156 zutiefst antidemokratisch und ein Symbol der Konzerndiktatur, welche sich gegen  
157 Staaten und Arbeiter\*innen richtet. So sind die Prozesse wenig transparent, die  
158 Richter\*innen zufällig ausgewählt und der Staat dazu gezwungen, die  
159 Prozesskosten zu tragen. Deshalb gewinnen die Konzerne fast jede ihrer Klagen  
160 und ihre Gegner\*innen werden zugleich mundtot gemacht, weil sie sich keine  
161 weiteren Prozesskosten leisten können.

## 162 **Mercosur: Profite für Konzerne, Risiken für** 163 **Mensch und Umwelt**

164 Im Zentrum der aktuellen Debatten steht auch das Freihandelsabkommen zwischen  
165 der Europäischen Union und dem Gemeinsamen Markt des Südens (Mercosur),  
166 bestehend aus Argentinien, Bolivien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Zusammen  
167 mit den EFTA-Staaten bemüht sich auch die Schweiz um ein Freihandelsabkommen mit  
168 den Mercosur-Staaten. Ein Abkommen unter Einbezug der Schweiz wurde im September  
169 2025 unterzeichnet.

170 Das Abkommen, das seit Jahren verhandelt und diskutiert wird, wird von  
171 zahlreichen Akteur\*innen zu Recht heftig kritisiert. 450 Organisationen aus der  
172 EU und dem Mercosur haben deswegen ein Grundsatzpapier verfasst und forderten  
173 darin einen Stopp des Abkommens und eine grundsätzliche Überarbeitung der EU-  
174 Handelspolitik.

175 Anfang dieses Jahres fanden in Brüssel und Paris, aber auch in Polen und Irland  
176 Demonstrationen statt. Landwirt\*innen standen an vorderster Front, da die  
177 europäischen Umweltvorschriften sowie die Arbeitskosten in Europa sie gegenüber  
178 der Konkurrenz durch grosse Betriebe in Südamerika in eine schwache Position  
179 bringen. So würden diese Abkommen zu Dumpingproblemen in Europa führen und die  
180 südamerikanischen Länder gleichzeitig dazu drängen, sich weiter auf den Export  
181 von landwirtschaftlichen Produkten und Rohstoffen zu konzentrieren.

182 Das alles zum Vorteil der Reichsten, die alle „Einsparungen“, die das Abkommen  
183 ermöglichen, auf Kosten des Staates und der Arbeiter\*innen einstreichen würden.  
184 Die Lebensqualität der breiten Bevölkerung, sei es in Europa oder in Südamerika,  
185 würde dieses Abkommen wohl kaum verbessern, im Gegenteil. Eine Studie aus 2018  
186 rechnet allein in Argentinien mit einem Verlust von 186'000 Arbeitsplätzen, die

187 Hälfte davon in der Textilindustrie, wo vor allem Frauen beschäftigt sind. Auch  
188 die angebliche Wohlstandssteigerung wird wohl kaum eintreffen. In Uruguay könnte  
189 sogar mit einem Verlust von 100 Millionen Euro gerechnet werden.[\[5\]](#)  
190 Das Abkommen verstärkt neoliberale Strukturen, es treibt die  
191 Deindustrialisierung und die Ausbeutung von Mensch und Natur im Mercosur weiter  
192 voran. In den südamerikanischen Ländern werden indigene Bevölkerungsgruppen noch  
193 mehr Land verlieren, um den Anforderungen der Agrarindustrie und des Bergbaus  
194 gerecht zu werden.  
195 Die Abhängigkeit von den EU- und EFTA-Staaten wird verschärft, was zur Verarmung  
196 der Bevölkerung führt. Die Mercosur-Staaten werden nach den Zollsenkungen mit  
197 Importgütern aus der EU überschwemmt, was die inländische Produktion weiter  
198 schwächt und Arbeitsplätze zerstört. Auf der anderen Seite profitieren die  
199 grossen Konzerne: Im Abkommen mit der EU wäre das vor allem die Automobil- und  
200 Textilindustrie.  
201 Auch das 2026 abgeschlossene Freihandelsabkommen der Schweiz mit Indien war ein  
202 Geschenk an Grosskonzerne, namentlich an die Pharmaindustrie. Diese produziert  
203 in Indien die Basisstoffe für ihre Medikamente, da Umweltstandards und Löhne  
204 tief sind. Die Wasserversorgung von ganzen Regionen wird durch die ungefilterten  
205 Pharmaabfälle gefährdet. Das ist nur ein weiteres Beispiel für die  
206 menschenverachtende Aussenpolitik der Schweiz.  
207 Die JUSO Schweiz lehnt neoliberale Freihandelsabkommen, die nur dem Interesse  
208 des Kapitals dienen und keine konsequenten Mechanismen zum Schutz von Mensch und  
209 Natur beinhalten, entschieden ab.

## 210 **Überausbeutung des Globalen Südens stoppen!**

211 Die Ausbeutung des Globalen Südens wird durch neokoloniale Strukturen gnadenlos  
212 weitergeführt. Zwar wurde die Produktion in vielen Branchen, wo die notwendige  
213 Technologie mittlerweile vergleichsweise günstig ist, in viele dieser Länder  
214 ausgelagert, wie beispielsweise in der Textilindustrie. Bei teureren Produkten  
215 jedoch sieht es anders aus: Die Maschinen oder deren Technologien sind zu teuer,  
216 auch weil die dafür benötigte Arbeitskraft teuer ist. So sind diese Länder  
217 gezwungen, vor allem in Tieflohnsektoren zu produzieren. Neokoloniale Strukturen  
218 sorgen für eine regelrechte Überausbeutung.[\[6\]](#)  
219 Beim Rohstoffabbau wird das besonders deutlich: Beispielsweise Gold, Kobalt oder  
220 Kaffee werden in Ländern des sogenannten Globalen Südens durch Arbeiter\*innen  
221 mit Niedriglöhnen und unsagbaren Arbeitsbedingungen abgebaut. Die Minen und  
222 Plantagen gehören multinationalen Konzernen im Norden und/oder werden von Firmen  
223 aus dem Globalen Norden vertrieben, wo dann auch der gesamte Gewinn hinfliesst.  
224 Die Schweiz spielt beim Rohstoffhandel eine zentrale Rolle: Schätzungsweise  
225 beträgt der Weltmarktanteil von Schweizer Firmen bei Metallen 60 %, bei Getreide  
226 50 %, bei Zucker und Erdöl jeweils 40 % und 35 %.[\[7\]](#) Praktisch alle Rohstoffe  
227 ausser Gold kommen dabei nie in die Schweiz.

228 Die Bürgerlichen propagieren auch in der Schweiz scheinheilig Freihandel, sofern  
229 er ihnen nützt. Wenn es aber beispielsweise um geistige Eigentumsrechte geht,  
230 sieht es wieder anders aus. Patente auf Medikamente verhindern die Produktion  
231 von günstigen Generika und davon profitieren die grossen Pharmakonzerne wie  
232 Novartis und Roche massgeblich. Sie können damit Phantasiepreise festlegen,  
233 womit ihre Produkte im Globalen Süden unerschwinglich werden.  
234 Auch in der Landwirtschaft sind die Folgen dieser Politik verheerend: Die  
235 Schweiz schützt grosse Agrarkonzerne, die tausende natürlich vorkommende  
236 genetische Variationen von Saatgut patentieren liessen und damit die  
237 Ernährungssicherheit weltweit gefährden. Darüber hinaus bergen  
238 Freihandelsabkommen oft beträchtliche Schäden für die Umwelt. Effektive Klima-  
239 und Umweltschutzstandards werden vergebens gesucht, da diese die Profite der  
240 grossen Konzerne dezimieren würden.

## 241 **Trumpismus heisst Neoliberalismus**

242 Mit dem von Donald Trump begonnenen Zollkrieg wurde von manchen Beobachter\*innen  
243 das Ende des Neoliberalismus und des globalen Freihandels ausgerufen. Zwar  
244 verfolgt die Trump-Regierung eine stark protektionistische Handelspolitik, doch  
245 mit einer tatsächlichen Abkehr vom neoliberalen Wirtschaftsmodell hat dies wenig  
246 zu tun. Vielmehr dient diese Strategie dem Versuch, die globale Vormachtstellung  
247 der Vereinigten Staaten zu sichern.

248 Trump und führende Vertreter\*innen der MAGA-Bewegung schüren gezielt das  
249 Narrativ, die USA seien von anderen Ländern wirtschaftlich „ausgenutzt“ worden,  
250 und führen dafür vor allem Handelsdefizite an. Dabei wird ausgeblendet, dass  
251 viele US-Konzerne ihre Produktion selbst in Länder des Globalen Südens verlagert  
252 haben, um von niedrigeren Löhnen und schwächeren Regulierungen zu profitieren.  
253 Gleichzeitig nutzten einige asiatische Staaten – insbesondere China – die  
254 Integration in den Welthandel, um ihre eigene industrielle Basis auszubauen und  
255 wirtschaftlich aufzuholen.

256 Trumps handelspolitische Agenda zielt daher vor allem darauf ab,  
257 Produktionskapazitäten in die USA zurückzuholen und die geopolitische Konkurrenz  
258 mit China zu verschärfen. Seine Politik verbindet neoliberale  
259 Unternehmensinteressen mit nationalistischen und protektionistischen Maßnahmen.  
260 Eine grundlegende Veränderung der globalen Wirtschaftsordnung bedeutet dies  
261 jedoch nicht. Vielmehr droht eine Verschärfung internationaler Handelskonflikte,  
262 während die strukturellen Probleme der globalen Ungleichheit unangetastet  
263 bleiben.

264 Trump bleibt dem Neoliberalismus treu, einfach mit einer Verschiebung des  
265 Schwerpunkts auf die heimische statt auf die globale Sphäre. Steuersenkungen für  
266 die Reichen und ihre Unternehmen, Reduktion der Staatsschulden und  
267 Austeritätspolitik für die breite Bevölkerung, natürlich bei steigenden  
268 Rüstungsausgaben, sind Programm. Er will den Staat zusammenkürzen und regelrecht

269 auseinandernehmen. Gleichzeitig fallen Umwelt- und Gesundheitsvorschriften weg  
270 und der Finanzsektor wird weiter dereguliert. Mit seiner "Make America Great  
271 Again"-Strategie stösst Trump alle anderen Länder vor den Kopf, auch europäische  
272 Länder, die eigentlich zu den stärksten Verbündeten der imperialen USA gehören.  
273 Die EU-Länder befinden sich seit der globalen Finanzkrise 2008 selbstverschuldet  
274 auf dem absteigenden Ast. Um ihre Banken zu retten, mussten sie enorme  
275 Schuldenberge anhäufen. Um diese zu bezwingen, wird die Bevölkerung mit  
276 Austeritätsprogrammen drangsaliert, während die Militärausgaben auf der anderen  
277 Seite aber immer stärker ansteigen. Das Wirtschaftswachstum in Europa ist  
278 stagniert, die daraus resultierende Unzufriedenheit bietet Nährboden für die  
279 extreme Rechte.

280 Die Antwort der Linken auf die derweil immer komplexer werdenden Krisen und  
281 geopolitischen Machtspielen auf dem Rücken der breiten Bevölkerung sind derweil  
282 unterkomplex. Die sozialdemokratische Linke weigert sich, eine konsequente  
283 Alternative zum Kapitalismus zu verfolgen. Um die gefährlichen Entwicklungen  
284 aufhalten zu können, muss die Linke aufhören, sich auf die langsame Verbesserung  
285 des Kapitalismus zu fokussieren. Ein System, das niemals auch nur annähernd den  
286 Interessen der globalen Bevölkerung dienen kann, gilt es nicht länger zu  
287 stützen.

## 288 **Freihandel oder kein Handel?**

289 Der internationale Handel darf nicht als Übel an sich betrachtet werden. Auch  
290 die Gegenüberstellung von Protektionismus und Freihandel ist nicht geeignet. Der  
291 Protektionismus bevorzugt das nationale Kapital, währenddem der Freihandel dem  
292 internationalen Kapital zugutekommt. In beiden Fällen sind die Verlierer\*innen  
293 die gleichen: die Arbeiter\*innen.

294 Um einen hohen Lebensstandard auf der ganzen Welt zu erreichen, den Zugang zu  
295 lebenswichtigen Technologien (medizinische Geräte, Medikamente usw.) zu sichern  
296 oder das Leben und die Arbeit zu vereinfachen, ist ein internationales  
297 Handelssystem grundsätzlich notwendig.

298 Natürlich bedeutet der internationale Austausch eines Teils der Güter nicht,  
299 dass die Landwirtschaft und andere Sektoren nicht vollständig lokal sein dürfen.  
300 Zudem müssen bestimmte Sektoren vor dem internationalen Handel und ausländischen  
301 Investitionen geschützt werden, wie beispielsweise der öffentliche Dienst  
302 (Energie, Verkehr, Wasser usw.). Es geht darum, Sektoren zu bestimmen, für die  
303 der Handel strategisch und lebenswichtig bleibt, und eine internationale  
304 Arbeitsteilung zu gewährleisten, die alle Arbeiter\*innen respektiert, unabhängig  
305 von ihrer Herkunft.

## 306 **Die JUSO fordert deshalb kurzfristig:**

- 307
- 308
- 309
- 310
- 311
- 312
- 313
- 314
- 315
- 316
- **Keine Handelsabkommen, die gegen die Menschenrechte verstossen:** Die Schweiz muss alle Vertragsverhandlungen mit Staaten einstellen, die die Menschenrechte nicht achten. In diesem Sinne müssen in Staaten, die möglicherweise gegen die Menschenrechte verstossen, vorab objektive Studien durchgeführt werden. Ebenso müssen Unternehmen mit Sitz in der Schweiz, die in anderen Ländern der Welt Menschenrechte verletzen, zur Verantwortung gezogen und sanktioniert werden, wie es die Initiative für verantwortungsvolle multinationale Unternehmen forderte, aber auch ihre neue Fassung, über die demnächst in einer Volksabstimmung entschieden wird.
- 317
- 318
- 319
- 320
- 321
- 322
- 323
- 324
- 325
- **Hindernisse gegen internationalen Dumping-Wettbewerb:** Die Schweiz muss tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse einführen, um zu verhindern, dass Unternehmen vom Freihandel profitieren, indem sie Gewinne auf Kosten der Arbeiter\*innen oder der Umwelt erzielen. Diese Abgaben müssen berücksichtigen, wie viel ein Unternehmen eingespart hat, weil es im Ausland unter schlechteren Arbeitsbedingungen als in der Schweiz vorgeschrieben produziert. Ebenso müssen die ökologischen Kosten berücksichtigt werden. Falls solche Massnahmen zu höheren Preisen führen, müssen sie mit einer Verbesserung des Lebensstandards einhergehen.
- 326
- 327
- 328
- 329
- 330
- 331
- 332
- 333
- 334
- 335
- 336
- **Transparenz bei den Verhandlungen und Demokratisierung der Entscheidungsfindung:** Es ist nicht hinnehmbar, dass Verhandlungen über die Handelspolitik der Schweiz im Ausland geführt werden, ohne dass die Bevölkerung umfassend darüber informiert wird. Fragen zu internationalen Abkommen müssen demokratisiert werden – und zwar nicht erst im Moment der endgültigen Entscheidung im Rahmen eines Referendums. Die Verhandlungen müssen transparent sein, und die Behörden müssen ihre Positionen und Entscheidungsvorschläge begründen. Auch Fragen zu Einfuhrbedingungen, zur Festlegung ökologischer Standards und zu deren Einhaltung in Freihandelsabkommen müssen die Meinung der Bevölkerung berücksichtigen und dem Referendum unterstellt werden.
- 337
- 338
- 339
- 340
- 341
- 342
- 343
- 344
- 345
- 346
- **Massnahmen gegen Standortverlagerungen und Vorkaufsrecht der Arbeiter\*innen:** Immer wieder verlagern Schweizer Unternehmen ihre Produktion ins Ausland, um dort günstiger zu produzieren. Dabei nutzen sie häufig schwächere Schutzbestimmungen für Arbeiter\*innen und Umwelt aus. Um solchen Praktiken entgegenzuwirken, braucht es eine Reihe von Massnahmen. Eine Wegzugssteuer für Kapital und Unternehmen kann verhindern, dass Kapital und Unternehmen aus der Schweiz abgezogen werden. Denn nicht nur Unternehmen, sondern auch Schweizer Kapital beteiligen sich an der internationalen Ausbeutung von Arbeiter\*innen. Kapital, das ins Ausland abfließt, wird in der Regel nicht zum Wohl der Bevölkerung des

347 Globalen Südens investiert und verbessert deren Lebensbedingungen nicht –  
348 im Gegenteil.  
349 Sollte es einem Unternehmen dennoch gelingen, seine Produktion zu  
350 verlagern, sollen die ehemaligen Arbeitnehmenden in der Schweiz ein  
351 Vorkaufsrecht auf die Produktionsstätte in der Schweiz erhalten. Der Staat  
352 soll dafür Kredite zu einem Vorzugszinssatz bereitstellen.

- 353 • **Eine umfassende Reform des Patentsystems:** Ein egalitäres Wirtschaftssystem  
354 ist nicht vereinbar mit einem Patentsystem, das grossen, von westlichem  
355 Kapital dominierten Unternehmen ermöglicht, Profite auf Kosten der  
356 Bevölkerung des Globalen Südens zu erzielen.  
357 Patente können dazu führen, dass wichtige Produkte, wie zum Beispiel  
358 Medikamente, Saatgut oder neue Technologien, für viele Menschen  
359 unzugänglich bleiben. Gleichzeitig schaffen sie wirtschaftliche  
360 Abhängigkeiten.  
361 Unternehmen im Globalen Süden – und idealerweise auch die Staaten selbst –  
362 müssen deshalb in der Lage sein, die Güter zu produzieren, die für die  
363 grundlegenden Bedürfnisse ihrer Bevölkerung notwendig sind. Diese  
364 Produktion darf nicht von Konzernen aus den wirtschaftlichen Zentren  
365 kontrolliert werden.
- 366 • **Öffentliche Dienstleistungen als Gemeingüter:** Die Schweiz muss jeden  
367 Vertrag ablehnen, der die Handlungsmöglichkeiten des Staates einschränkt,  
368 etwa durch Privatisierungen. Nur ein flächendeckender und starker  
369 öffentlicher Dienst kann die Interessen der gesamten Bevölkerung  
370 verteidigen. Deshalb muss sich die offizielle Schweiz auch gegen die  
371 Praktiken des IWF und der Weltbank stellen. Diese Institutionen zwingen  
372 Ländern des Globalen Südens im Gegenzug für Kredite häufig Freihandel und  
373 Privatisierungen auf.

## 374 **Über Protektionismus und Freihandel hinaus: für** 375 **eine Vergesellschaftung der Wirtschaft!**

376 Angesichts der heutigen Probleme und der aktuellen materiellen Bedingungen will  
377 die JUSO Schweiz die Gegenüberstellung von Protektionismus und Freihandel  
378 überwinden. Das Ziel ist weder die Abschaffung des internationalen Handels noch  
379 eine vollständige Internationalisierung des Marktes. Ziel ist ein demokratisches  
380 Wirtschaftssystem, in dem zentrale Industrien vergesellschaftet sind und sich im  
381 kollektiven Besitz befinden.

382 **Die JUSO fordert deshalb langfristig:**

- 383
- 384
- 385
- 386
- 387
- 388
- 389
- 390
- 391
- 392
- 393
- 394
- **Beendigung der (neo-)kolonialen Strukturen:** Kein Handelssystem kann gerecht sein, solange die internationale Wirtschaft auf (neo-)kolonialen Strukturen beruht. Diese Strukturen ermöglichen weiterhin die Ausbeutung der Peripherie durch die wirtschaftlichen Zentren. Solange eine ungleiche internationale Arbeitsteilung besteht und die Kapitalist\*innen des Globalen Nordens den Grossteil des Kapitals kontrollieren, bleibt die Situation inakzeptabel – selbst dann, wenn strengere Umwelt- und Sozialstandards gelten. Deshalb braucht es tiefgreifende Veränderungen: den Schuldenerlass für Länder des Globalen Südens, finanzielle Wiedergutmachung für koloniale Ausbeutung und Verbrechen wie die Sklaverei sowie die Enteignung von Vermögenswerten von Unternehmen des Globalen Nordens im Globalen Süden.
- 395
- 396
- 397
- 398
- 399
- 400
- 401
- 402
- **Ernährungssouveränität: Vergesellschaftung des Bodens:** Die Bevölkerung muss überall ihre Landwirtschaftspolitik selbst bestimmen können. Ziel ist eine lokale und umweltfreundliche Landwirtschaft mit kurzen Vertriebswegen. Boden darf nicht länger ein Objekt der Spekulation sein, das vor allem Investor\*innen bereichert. Stattdessen soll er als gemeinschaftliches Gut organisiert werden. Der Import von Lebensmitteln über sehr grosse Distanzen verursacht erhebliche ökologische Schäden, ist langfristig nicht tragbar und muss deshalb abgeschafft werden.
- 403
- 404
- 405
- 406
- 407
- 408
- 409
- 410
- **Das Ende des zerstörerischen Wettbewerbs – die Garantie des Zugangs zum lokalen Markt für lokale Produzent\*innen:** Exporte, welche die lokale Produktion in wirtschaftlich schlechter gestellten Ländern verdrängen oder unter Druck setzen, müssen beendet werden. Solche Exporte behindern die lokale eigenständige wirtschaftliche Entwicklung und stehen einer solidarischen internationalen Zusammenarbeit entgegen. Deshalb müssen Produktionsstätten möglichst nahe an den Orten entstehen, an denen die Güter auch konsumiert werden.
- 411
- 412
- 413
- 414
- 415
- 416
- 417
- 418
- **Der Kampf für ein konkretes internationales sozialistisches Bündnis:** Für uns ist klar: Internationaler Handel kann nur dann gerecht und ökologisch sein, wenn die beteiligten Regionen demokratisch organisiert sind und ihre Wirtschaft sozialistisch gestalten. Der Sozialismus kennt keine nationalen Grenzen. Regionen, die sich vom Kapitalismus befreit haben, müssen zusammenarbeiten. Nur so kann die US-amerikanische und allgemein westliche Handelshegemonie überwunden und durch ein egalitäres System ersetzt werden, das allen Menschen zugutekommt.

419 [1]: [https://jacobin.de/artikel/globalisierung-neoliberalismus-china-trump-](https://jacobin.de/artikel/globalisierung-neoliberalismus-china-trump-handelskrieg-freihandel)  
420 [handelskrieg-freihandel](https://jacobin.de/artikel/globalisierung-neoliberalismus-china-trump-handelskrieg-freihandel)

- 421 [2]:  
422 [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/TTIP\\_UHerr](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/TTIP_UHerr)  
423 [=](#)  
424 [mann.pdf](#)
- 424 [3]:  
425 [https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Aussenwirtschaftspolitik\\_Wirtschaftliche](https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Aussenwirtschaftspolitik_Wirtschaftliche)  
426 [=](#)  
427 [Zusammenarbeit/Wirtschaftsbeziehungen/Freihandelsabkommen.html](#)
- 427 [4]:  
428 [https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Aussenwirtschaftspolitik\\_Wirtschaftliche](https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Aussenwirtschaftspolitik_Wirtschaftliche)  
429 [=](#)  
430 [Zusammenarbeit/Wirtschaftsbeziehungen/Freihandelsabkommen/nutzung\\_freihandelsabk](#)  
431 [=](#)  
432 [ommen/fha-monitor.html](#)
- 431 [5]: [https://jacobin.de/artikel/eu-mercosur-abkommen-emily-oreilly-werner-](https://jacobin.de/artikel/eu-mercosur-abkommen-emily-oreilly-werner-kogler-kritik-eu-ratspraesidentschaft-freihandel)  
432 [kogler-kritik-eu-ratspraesidentschaft-freihandel](#)
- 433 [6]:  
434 [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/TTIP\\_UHerr](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/TTIP_UHerr)  
435 [=](#)  
436 [mann.pdf](#)
- 436 [7]: <https://www.publiceye.ch/de/themen/rohstoffe/schweiz/rohstoff-drehscheibe>